

Berlin, 17.11.2020

Ihnen lieben Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Streng kontrollieren und Verstöße hart bestrafen



wer die mächtige Gefahr des Corona-Virus für die menschliche Gesundheit und unseren wirtschaftlichen Wohlstand jetzt noch nicht begriffen hat und gegen die aktuell erlassenen Beschränkungen verstößt, muss mit harter Bestrafung rechnen. Dazu bedarf es entsprechend strenger Kontrollen.

Angesichts der besorgniserregenden Zunahme der Infektionszahlen kommt es darauf an, die Einschränkungen strikt einzuhalten und darüber hinaus im öffentlichen Raum eine Maske zu tragen. Hier ist die Mitverantwortung der Bürgerschaft im eigenen und im Interesse der Mitbürger gefragt.

Mit großer Sorge beobachten wir in der Senioren-Union insbesondere den Anstieg der Infektionen in medizinischen Einrichtungen und Institutionen. Wir begrüßen deswegen, dass für Krankenhäuser, Pflegeheime, Senioren- und Behinderteneinrichtungen besondere Schutzvorkehrungen getroffen werden. Mit der kostenlosen Bereitstellung regelmäßiger Schnelltests für Bewohner, Patienten, Besucher und Personal wird jetzt der wiederholten Forderung der Senioren-Union entsprochen. In den Einrichtungen muss ein größtmöglicher Schutz der besonderen Risikogruppen erreicht und eine Wiederholung von Besuchsverboten und sozialer Isolation ausgeschlossen werden. Wir erwarten nun eine zügige Umsetzung der angekündigten Maßnahmen. Es darf jetzt keine Verzögerungen geben. Das Virus bedroht uns aktuell und richtet sich nicht nach Zeitplänen oder Terminvereinbarungen!

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Otto Wulff'.

Prof. Dr. Otto Wulff

Vorbild sein...



Jeder zweite Rentner würde in kleinere Wohnung umziehen



Unter den Senioren wäre jeder zweite wäre bereit, seine nach dem Auszug der Kinder oder dem Tod des Partners zu groß gewordene Wohnung gegen eine kleinere, altersgerechte Mietwohnung zu tauschen. Nach einer Studie im Auftrag des Instituts Arbeit und Technik (IAT) wollen Senioren, die oft allein in einer Drei-Zimmer-Wohnung leben, im Schnitt auf 23 Quadratmeter Wohnfläche verzichten. Der Haken: Senioren besitzen häufig ältere, meist günstigere Mietverträge. Wer aber wollte für die kleinere Neubauwohnung tiefer in die Tasche greifen als für die große bisherige Wohnung?

Weil aber viele junge Familien in zu kleinen Wohnungen leben, richten immer mehr Großstädte Tauschbörsen ein. So wirbt nicht nur die Initiative „Wohnen für Generationen“ in NRW damit, dass die alten Quadratmeterpreise auf die neue Wohnung übertragen werden. Die Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) bietet Senioren gezielt kleinere Wohnungen in der alten Nachbarschaft an, damit die Menschen in ihrem sozialen Umfeld mit Ärzten, Apotheken und Supermarkt bleiben können. Die Stadt Düsseldorf offeriert Senioren einen finanziellen Anreiz von 5000 Euro für Umzug und Renovierung. In Berlin zahlen Ältere nicht mehr für die neue Wohnung, wenn sie bei einem Umzug auf mindestens zehn Quadratmeter Wohnfläche verzichten.

Noch hält sich der Erfolg der Tauschbörsen in Grenzen: Schließlich verbinden viele Senioren mit der bisherigen Wohnung Erinnerungen oder wollen sich von lieb gewordenen Möbeln nicht trennen. Der angespannte Wohnungsmarkt in deutschen Großstädten weckt aber die Fantasie der Politik, die „Wohnraumreserve“ der Senioren mit gezielten Angeboten zu erschließen. Laut dem Deutschen Mieterbund fehlen in Deutschland rund eine Million Wohnungen. Die Tauschbörsen könnten den Wohnraummangel in Ballungsräumen zumindest teilweise lindern.

Im Schnitt verfügt jeder Rentner heute nach einer Studie des Pestel-Instituts in Hannover

über 59 Quadratmeter Wohnfläche - der Durchschnitt aller Bundesbürger liegt bei 46 Quadratmetern. Viele große, alte Wohnungen sind aber nicht altengerecht. Deshalb werben digitale Tauschbörsen in Großstädten ganz bewusst mit dem Angebot des freiwilligen Umzugs in eine barrierefreie, kleinere Wohnung.

Wilfried Goebels

Senioren-Union fordern mehr bezahlbare Wohnungen



Die Senioren-Union der CDU appelliert an Bund und Länder, den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern. „Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Großstädten steigt, viele Ältere sind nicht mehr in der Lage, die hohen Mieten zu zahlen“, heißt es bei den CDU-Senioren.

Sie erinnern daran, dass der Bestand an geförderten Sozialwohnungen in Deutschland von 3,9 Millionen im Jahr 1987 auf rund 1,2 Millionen gesunken ist. Die Älteren dürfen aber nicht aus den Städten verdrängt werden, weil die Mieten unbezahlbar werden. Seit Jahren sei die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum vor allem in Großstädten größer als das Angebot. Der Deutsche Mieterbund schätzt, dass jährlich rund 80 000 Sozialwohnungen zusätzlich gebaut werden müssten, um den Bedarf in Zukunft zu decken.

Deutsches Rentensystem ist besser als sein Ruf



Das Deutsche Rentensystem verbessert sich im internationalen Vergleich

Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Mercer wird das Deutsche Rentensystem im internationalen Vergleich von 39 Ländern positiv bewertet und verbessert sich vom 13. auf den 11. Rang.

Dazu erklärt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß:

„Die Studie beweist, dass das Deutsche Rentensystem weit besser ist, als vielfach in den Medien behauptet wird. In der Gesamtwertung von 67,3 Punkten liegt Deutschland sogar knapp vor der Schweiz (67,0 Punkte) und vor Österreich (52,1 Punkte).“

Insbesondere die Integrität des Deutschen Rentensystems wird mit 81,4 Punkten sehr positiv bewertet. Gleichwohl gibt die Studie Empfehlungen, wie das Rentensystem weiter verbessert werden kann, nämlich durch:

- Ergänzung des umlagefinanzierten Systems durch kapitalgedeckte Modelle
- Anhebung der Mindestrente für Rentner mit niedrigem Einkommen
- Erhöhung der Teilnahmequoten in der betrieblichen Altersversorgung.

Hier hat die von Angela Merkel geführte Bundesregierung bereits wichtige Weichen gestellt. Durch das Gesetz zur Grundrente werden ab dem Jahr 2021 nicht nur die Renten von langjährig versicherten Menschen mit geringen Renten verbessert, sondern auch noch weitere Anreize für den Aufbau einer betrieblichen Altersvorsorge geschaffen.

Ferner wird innerhalb der Union konstruktiv an Lösungen gearbeitet, die Nachhaltigkeit des Deutschen Rentensystems weiter zu verbessern.

Nachdem die Rentenversicherung am Ende von rot-grün in einem desolaten finanziellen Zustand war, haben die unionsgeführten Bundesregierungen seither kontinuierlich an einer Stabilisierung und Stärkung des Rentensystems gearbeitet. Die Studie zeigt, dass wir Erfolg damit hatten und auf dem richtigen Weg sind. Die Union steht für eine verlässliche Rentenpolitik, die das Rentensystem auf eine solide Basis stellt.“

Grippe



impfen-info.de
Wissen, was schützt.

Schützen Sie sich. Jährliche Impfung ab 60.

Kommen Sie der Grippe zuvor.

Die jährliche Grippeimpfung wird empfohlen für über 60-Jährige, Menschen mit chronischen Erkrankungen sowie für Schwangere und medizinisches Personal.

Mit einem Aufruf an ihre Mitglieder fordert die Senioren-Union dazu auf, an der diesjährigen Gripeschutzimpfung teilzunehmen.

Gerade in der Corona-Krise ist es besonders wichtig, alle zusätzlichen Gefährdungen z.B. durch die saisonale Grippe nach Möglichkeit auszuschließen. Es ist allseits bekannt, dass mit zunehmendem Alter das Immunsystem an Leistungskraft verliert. Deswegen ist die Grippeimpfung für Menschen ab 60 wichtig. Die Senioren-Union schließt sich damit der Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Gripeschutzimpfung an und weist auf die Bedeutung der Impfung gerade im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie hin:

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

ROBERT KOCH INSTITUT

Die Ständige Impfkommission (STIKO) empfiehlt die jährliche Impfung gegen Grippe für alle, die ein erhöhtes Risiko für schwere Krankheitsverläufe haben (z.B. Menschen ab 60 Jahre, chronisch Kranke jeden Alters, Schwangere), sowie Menschen, die Risikopatienten betreuen (z.B. medizinisches Fachpersonal).
www.impfen-info.de/grippeimpfung



Herausgeberin: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), 50819 Köln, Bestellnr.: 62004300

Insbesondere Risikogruppen sollten sich im Herbst mit der Gripeschutzimpfung vor einer möglichen Influenza-Infektion schützen, da sie ein erhöhtes Risiko für einen schweren Grippeverlauf haben.



Fünf Millionen Euro gegen Einsamkeit im Alter

BMFSFJ startet ESF-Förderprogramm zur Stärkung der Teilhabe älterer Menschen
Mit zunehmendem Alter wird das soziale Netzwerk der meisten Menschen kleiner. Isolation und Einsamkeit sind häufig die Folgen. Der Austritt aus dem Berufsleben, gesundheitliche Probleme, Einschränkungen der Mobilität und oftmals auch Armut und Migrationshintergrund verstärken das Risiko der sozialen Isolation. Besonders in der Corona-Pandemie sind die negativen Auswirkungen mangelnder sozialer Kontakte deutlich geworden.

Um ungewollter Vereinsamung entgegenzuwirken, fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit fünf Millionen Euro von Oktober 2020 bis September 2022 bundesweit 28 Modellprojekte. Die Mittel stammen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Programm „Stärkung der Teilhabe Älterer – Wege aus der Einsamkeit und Isolation im Alter“. Es ist das erste ESF-Programm dieser Art und richtet sich vorrangig an ältere Beschäftigte (über 60 Jahre), die vom Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt bedroht oder betroffen sind und damit auch von gesellschaftlicher Isolation. Ziel ist es nicht nur, sozialer Vereinsamung vorzubeugen, sondern auch die finanzielle Absicherung im Alter zu stärken.

Direkt vor Ort sollen ältere, sozial isoliert lebende Menschen, fachliche Unterstützung bekommen. Mehr freiwilliges Engagement und regionale Netzwerkarbeit sollen zu einer Verbesserung der Einkommens- und Lebenssituation älterer Beschäftigter beitragen - sowohl während der aktiven Berufstätigkeit als auch in der nachberuflichen Phase.

Die Maßnahmen umfassen besonders die Themen lebenslanges Lernen, digitale Kompetenzen und freiwilliges Engagement. Der Austausch zwischen den Generationen steht hier ebenso im Mittelpunkt wie die gesonderte Ansprache von älteren Menschen, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Ausgangslage besonders von Einsamkeit und Isolation gefährdet sind. Die Projektträger gehören überwiegend den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege an.

030 22070445
seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de
ViSdP: Claus Bernhold

Abmelden von diesem E-Mail-Verteiler können Sie sich [hier](#).